

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 2. Dezember 2021 / Jeudi après-midi, 2 décembre 2021

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**37 2021.GSI.1855 Kreditgeschäft GR
Finanzierung Pandemiestrategie COVID-19 2022. Zusatzkredit**

**37 2021.GSI.1855 Affaire de crédit GC
Financement de la stratégie de lutte contre la pandémie de COVID-19 2022.
Crédit complémentaire**

Le président. Nous passons maintenant à l'affaire du point numéro 37. Il s'agit aussi d'une affaire de crédit, le débat est libre, l'objet est soumis au référendum financier facultatif. Pour la CSoc, je laisse la parole à Mme la députée Zybach. Il y a là aussi deux amendements que nous traiterons juste après la prise de parole de Mme la députée. Vous avez la parole.

Antrag GSoK (Zybach, Spiez)

Der Kredit wird genehmigt unter der Auflage, dass das Kontaktmanagement soweit wie möglich digitalisiert wird.

Proposition CSoc (Zybach, Spiez)

Le crédit est approuvé à condition que le traçage des contacts soit numérisé le plus rapidement possible.

Antrag SVP (Michel, Schattenhalb)

Zustimmung mit folgender Auflage: Das Kontaktmanagement ist soweit wie möglich zu digitalisieren und die für diesen Bereich vorgesehene Kreditsumme um rund zwei Drittel zu reduzieren auf 6'000'000 Mio. CHF (neues Kredittotal: 37'500'000 Mio. CHF).

Proposition UDC (Michel, Schattenhalb)

Approbation aux conditions suivantes : Il faut numériser le traçage des contacts autant que possible et réduire le montant du crédit prévu pour ce domaine d'environ deux tiers, soit à 6'000'000 francs (nouveau crédit total : 37'500'000 francs).

Ursula Zybach, Spiez (SP), GSoK-Sprecherin. Wir sprechen jetzt im nächsten Traktandum über den Pandemiekredit; das ist ein Zusatzkredit. Das ist eine einmalige neue Ausgabe, und wir hoffen sehr, dass dies nicht eine wiederkehrende neue Ausgabe ist, sondern wirklich einmalig bleibt. Dieser Kredit beinhaltet verschiedene Punkte, Sie haben es bereits in den Unterlagen gesehen: die Impfkampagnen mit 23 Mio. Franken, die Teststrategie mit 1,8 Mio. Franken, das Kontaktmanagement mit 18 Mio. Franken, die Kommunikation mit 1 Mio. Franken, und dann hat es hier auch eine Reserve über 4 Mio. Franken drin. Das heisst, wir sprechen über fast 50 Mio. Franken.

Als der Kredit erstellt wurde, als diese Dinge zusammengestellt wurden, waren die Zahlen der Covid-Erkrankungen völlig anders als jetzt, und ich denke, das muss man auch berücksichtigen bei dem, was wir heute miteinander diskutieren und bei dem, was in der ganzen Pandemiediskussion immer wieder geschieht, nämlich: Die Situation verändert sich und verändert sich und verändert

sich gerade noch einmal. Deshalb sprachen wir in der Kommission auch manchmal von Kaffeesatzlesen.

Die Strategie im Umgang mit Covid-19 bleibt eigentlich dieselbe, nämlich die Reduktion sozialer Kontakte, breites Testen von ansteckungsverdächtigen Personen, Isolation infizierter Personen und Quarantäne jener, die ihnen nahe waren. In der Kommission konnten wir Fragen stellen. Wir diskutierten – wir diskutierten ausgiebig – über die Entwicklung der Pandemie und was eben die richtigen Massnahmen sein könnten. Und, vor allem: Welches könnten diejenigen Massnahmen sein, die wir im Dezember 2022 treffen werden? Das ist ja wirklich ein Kredit für das ganze nächste Jahr. Ich bedanke mich hier bei der GSI für die ausführliche und sehr hilfreiche Diskussion, die wir führen konnten, weil sie natürlich von all diesen Zahlen aus dem Contact Tracing bis hin zu den Gesprächen mit der Bevölkerung sehr viel mehr wissen als wir als Einzelfiguren.

Der Regierungsrat zeigte uns auch auf, welche Sparmöglichkeiten und welche Verhandlungsoptionen drinliegen. Ich möchte Ihnen diese nicht vorenthalten, denn er zeigte sie nämlich bei allen fünf Punkten auf. Er zeigte uns, dass man im Contact Tracing selbstverständlich mehr digital tun könnte – wobei auch gesagt wurde, dass sehr Vieles schon digitalisiert und automatisiert sei. Man könnte eine andere Teststrategie fahren, damit könnte man auch Geld sparen. Wobei: Wenn man heute die Zeitung las, merkte man, dass der Entscheid beim Testen auch in eine andere Richtung gehen könnte. Das Testen könnte plötzlich auch mehr kosten. Dann erhielten wir Informationen zur Impfkampagne: Dies kann der Kanton natürlich zentral anbieten, kann zu den Leuten nach Hause gehen, kann unglaubliche Strukturen aufbauen – oder es kann in eine Regelstruktur hineingehen, in der Ärzte und Apotheken mehr anbieten, was dann beispielsweise mehr auf Gemeindeebene geschieht. Das gleiche gilt für eine Hotline. Braucht es diese wirklich? Wir haben alles online. Auch die Kommunikation: Eigentlich wissen wir bereits viel, braucht es das wirklich noch zusätzlich? Das sind in etwa die Eckpunkte dessen, was wir nachher auch in der Kommission diskutiert haben.

Wir fragten auch, ob es Veränderungen von unserer Seite braucht, ob wir einfach auf die Handlungsspielräume eingehen müssten. Er zeigte uns dort auf, dass es grundsätzlich so ist – ähnlich wie bei den Krediten von vorher: Wenn sie im Verlauf der nächsten Monate – in denen sich alles auch wieder völlig anders entwickeln kann – sehen, was es braucht, dann werden sie selbstverständlich nur die Dinge machen, die Sinn machen. Das heisst, sie brauchen den Druck von uns nicht. Wenn sie ihn aber mit einer Kürzung bekommen, die wir jetzt hier und heute beschliessen können, dann müssen sie das auch entsprechend umsetzen. Das heisst: Wenn wir hier Kürzungen machen und vornehmen, übernehmen wir auch eine grosse Verantwortung als Grosser Rat.

In der Kommission gab es verschiedene Abänderungsanträge. Derjenige, der jetzt heute vorliegt – SVP/Michel –, hatten wir auch schon in der Kommission. Deshalb gebe ich Ihnen gerne auch gleich die Abstimmungsergebnisse bekannt, die wir in der Kommission hatten. Der jetzige Antrag GSoK/Zybach wurde in der Kommission dem Antrag SVP/Michel gegenübergestellt. SVP/Michel unterlag mit 9 zu 8 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten. Das heisst, wir verifizierten nachher noch beim Antrag der GSoK, wie dieser im Stimmenverhältnis ist und ob man ihn dem Grossen Rat unterbreiten will. Wir entschieden mit 9 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, dass wir diesen hier eben als Kommissionsantrag einbringen möchten. Anschliessend entschieden wir mit 10 zu 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen, dem Kredit insgesamt, zusammen mit dem Abänderungsantrag der GSoK, zuzustimmen. Ich empfehle Ihnen also von der Kommission her, dem GSoK-Antrag zuzustimmen und den Antrag SVP/Michel abzulehnen.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP), Antragsteller, Fraktionssprecher. Ich möchte ganz am Anfang festhalten, dass es beim vorliegenden Antrag der SVP-Fraktion natürlich nicht darum geht, den Spielraum der Regierung bei der Bewältigung der laufenden Krise einzuschränken. Es ist aber auch klar, dass bei der Frage, in welche Massnahmen der Kanton bei der Pandemiebewältigung wie viel investieren soll, je länger je mehr Handlungsspielraum besteht. Es ist auch ein offenes Geheimnis, dass der Kanton Bern diesbezüglich nicht immer das genau gleiche Vorgehen wie der Bund als zielführend erachtet, und es ist unsere Aufgabe, die Interessen des Kantons Bern und nichts anderes zu vertreten.

Da die Pandemiebekämpfung sehr unerwartete Wendungen nehmen kann, wie wir gerade jetzt mit der Virusvariante Omikron erfahren müssen, ist auch uns bewusst, dass man bei der Kreditfestlegung Vorsicht walten lassen muss. Trotzdem können die finanziellen Mittel, die man spricht, aber eben auch zu hoch sein. Wenn sich herausstellt, dass sie zu tief angesetzt sein sollten, hat die Regierung ja die Möglichkeit, über Notrecht – über Art. 80 des Bevölkerungsschutzgesetzes (KBZG) – trotzdem zu handeln. Wenn sie zu hoch sind, besteht aber auch die Gefahr, dass man – aus welchen Gründen auch immer – Massnahmen finanziert, die allenfalls nicht notwendig sind oder die keinen Zusatznutzen generieren. Ich gehe davon aus, dass Sie der SVP-Fraktion glauben, dass sie beim jetzigen Gesundheitsdirektor diese Gefahr nicht sieht.

Zum erwähnten Spielraum sagte die Gesundheitsdirektion selbst, dass gerade im Contact Tracing, das bis jetzt sehr personalressourcenlastig durchgeführt wurde, ein Umstieg auf automatisierte Prozesse praktisch keinen Einfluss auf die Wirksamkeit, aber einen grossen auf die Kosten hätte.

Die GSoK nahm den Ball auf, den wir ihr zugespielt haben, und fordert, dass man das kostenintensive Contact Tracing laufend überprüft und, wo sinnvoll, sich noch mehr auf digitale Kanäle abstützt. Der Kanton Bern versucht ja bereits seit einiger Zeit, dies auch gegen Widerstände entsprechend umzusetzen. Wenn es dabei um verhältnismässig kleine Einsparmöglichkeiten ginge, dann hätten wir uns, wie die GSoK, auch ohne Anpassung des Kredits zufriedengegeben.

Weil es sich aber bei diesem personallastigen Teil des Contact Tracings, auf den man verzichten möchte, um rund 30 Prozent des gesamten beantragten Zusatzkredits handelt, ist die SVP-Fraktion der Ansicht, dass der Grosse Rat auch eine Korrektur des Kreditvolumens beschliessen sollte. Wir wären mit unserem Antrag, noch mehr auf die digitale Karte zu setzen, sonst nicht glaubwürdig, und dies unabhängig von der Frage nach der Verbesserung der Aufwandseite des Voranschlags 2022. Die SVP beantragt Ihnen deshalb eine Reduktion von rund 12 Mio. Franken beim Contact Tracing, was rund 25 Prozent des Gesamtkredits und damit einer Reduktion von 49,86 Mio. auf 37,5 Mio. Franken entspricht. Wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), Fraktionssprecherin. Es ist ein Wesen der Pandemie, dass man politisch gescheitert werden und eine Meinung ändern kann, die man in der Kommission noch hatte. In einer Pandemie von dieser Dimension merken wir plötzlich, dass Entscheide, die fachlich vor fünf Wochen vielleicht noch stimmten, von Tendenzen überrannt werden, bei denen wir leer schlucken und alle ein bisschen hilflos sind. Wir befinden uns mitten in einer solchen Situation. In Anbetracht der jetzigen Situation wollen wir dem Regierungsrat die grösstmögliche Freiheit geben, auf diese schwierige Situation zu reagieren. Wir wollen ihn fachlich nicht über ein Segment von ein paar Millionen, die uns hier vorliegen – obwohl wir beim Contact Tracing auch unsere Fragestellungen haben –, einbremsen und sagen: «Nein, dort darfst du gefälligst nur so und so viel machen.»

Wenn es aus seiner Überzeugung kommt, dann soll er das machen. Aber es kann sein, dass wir in anderen Bereichen mehr brauchen. Wir haben ausführlich darüber diskutiert, dass auch das Contact Tracing im klassischen Sinn hinten nicht mehr greift, aber dass wir insbesondere in der Schule, bei den Lehrern, bei den Eltern weiterhin das personifizierte Contact Tracing brauchen. In der Zwischenzeit ist auch dieses System massiv gefährdet. Wir wissen, dass die Reaktion auf einen positiven Verlauf teilweise nicht mehr innerhalb der adäquaten Zeit kommt.

Ich werde hier sicher nicht gross posaunen, dass man immer wieder alles besser weiss und man es gesagt hat. Wir wollen ein Signal geben, dass wir immer noch überzeugt sind, dass Regierungsrat Schnegg seinen Job gut gemacht hat. Wir wollen das Signal geben, dass er hier den Spielraum hat, um mit dem vollen Kredit die adäquaten Interventionen machen zu können, die es in den nächsten Wochen braucht, weil die Situation heute nicht mehr diejenige ist, die wir vor fünf Wochen in den Kommissionen hatten. Aus diesen Gründen unterstützt die Glp-Fraktion den vollen Kredit und unterstützt den Antrag der Minderheit und der SVP nicht.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Corona ist da. Es zeichnet sich ab, dass auch 2022 noch zusätzliche Massnahmen nötig sein werden. Wir sprechen hier von rund 50 Mio. Franken. Finanziert werden durch diesen Kredit Impfkampagnen, die Teststrategie, das Kontaktmanagement, die Kommunikation und eine Reserve. Die Pandemie zwingt uns, diesem

Kredit zuzustimmen. Wir stimmen so auch dem Antrag der GSoK zu, der verlangt, dass das Kontaktmanagement wo möglich digitalisiert werden soll. Beim Antrag der SVP ist die Fraktion jedoch gespalten. Ein Teil wird dem Betrag, der eingespart werden soll, zustimmen. Ein anderer Teil wird keinen Beitrag festlegen, erwartet aber trotzdem auch Einsparungen. Mit diesen Vorgaben wird die Mitte-Fraktion diesem Kredit einstimmig zustimmen.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts), porte-parole de groupe. Le crédit présenté ici permettra au canton de poursuivre sa lutte contre le virus. Il comporte quatre parties : la campagne de vaccination, la stratégie de dépistage, le traçage, qui comprend deux amendements, et la communication. Les Verts soutiennent ce crédit. Nous y voyons la mise en œuvre nécessaire afin de lutter contre le virus, de soutenir et de rester à disposition de la population. Nous sommes par contre quelque peu déçus des résultats effectifs du traçage : que ce soit au niveau cantonal ou au niveau national, la Suisse et le canton doivent arriver à faire mieux. Raccourcir ce crédit impliquerait à nos yeux un affaiblissement des services, de la communication et du soutien dont la population a besoin pendant cette pandémie qui nous met toutes et tous en difficulté.

Les Verts refuseront l'amendement UDC : réduire le crédit et, en même temps, demander d'optimiser le traçage par la numérisation nous paraît contradictoire. La numérisation implique aussi de se pencher sur la gestion et la protection des données, du temps et un financement surtout pour la mise en œuvre du système. Et l'actualité, chaque jour qui passe, remet beaucoup de choses en question. Donc, nous sommes contre cet amendement.

L'amendement de la commission nous laisse un peu songeur. Nous nous posons la question de la faisabilité de l'amendement, si M. Schnegg pense que c'est faisable, mais surtout, si ça rime avec dépenses supplémentaires aussi pour la numérisation. Si c'était si simple, j'estime et j'espère que la Direction l'aurait déjà mis en œuvre. Alors, y a-t-il besoin d'une pression du parlement ? Sinon, cet amendement nous paraît presque superflu et le groupe sera partagé quant à notre réponse.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Der Antrag für einen Zusatzkredit in der Höhe von rund 50 Mio. Franken ist die unmittelbare Folge unseres sorglosen Umgangs mit dem Coronavirus. Die Impfquote im Kanton Bern beträgt 67 Prozent an doppelt Geimpften und rund 8 Prozent an dreifach Geimpften. Das ist halt einfach deutlich zu wenig, um eine Herdenimmunität zu erreichen. Folglich können wir diese elende Pandemie auch nicht für beendet erklären, dies mit allen Folgen.

Dabei sind wir wieder einmal an einem kritischen Punkt. Die Intensivstationen – Sie können es heute in den Zeitungen lesen – sind voll, nicht nur im Kanton Bern. Wirkungsvolle Massnahmen hat der Bundesrat bisher nicht beschlossen – oder viel zu spät. Die Anzahl der Infizierten befindet sich auf einem Allzeit-Höchststand, und wir wissen, dass es zwei bis drei Wochen geht, bis diese armen Leute wieder in den Intensivstationen ankommen. Das werden leider unschöne Festtage. Man nimmt Tote bewusst in Kauf, und zwar nicht nur Corona-Tote, sondern auch solche, bei denen Operationen nicht durchgeführt werden können, z. B. bei Krebspatientinnen.

Gleichzeitig schauen wir zu, wie unser vorzügliches Spitalwesen nachhaltig geschädigt wird. Viele Mitarbeitende sind erschöpft, krankgeschrieben oder haben gekündigt. Die Listen von freiwilligen Ärzten, die es in der ersten und zweiten Welle noch gab, oder von Krankenpflegerinnen, sind mittlerweile leer. Da nützt auch Symbolpolitik gar nichts. Das können wir alle wissen, das wissen wir hier im Saal alle, und trotzdem sitzen wir hier zusammen, eng aufeinander, als ob nichts wäre, und geben meines Erachtens ein falsches Zeichen an die Bevölkerung. Ich sage es ungern: Wenn es so weitergeht, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als contre cœur noch eine Impfpflicht einführen zu müssen.

So können wir froh sein, wenn es für 2022 «nur» bei diesem Zusatzkredit von 50 Mio. Franken bleibt, den notabene wieder alle Steuerzahlenden mitbezahlen dürfen. Ich erinnere daran, dass die Akutspitäler nicht nur, aber vor allem seit dieser Krise nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können, und irgendjemand wird das dann ja auch bezahlen. Schliesslich stehen auch wieder Schliessungen von Betrieben an, sei es im Bereich der Kultur oder sei es in der Gastronomie, und auch dies werden wir berappen müssen.

Die hier vorgeschlagenen Massnahmen sind alle zielgerichtet und deshalb sinnvoll: impfen, testen, Kontaktmanagement und Kommunikation. Die Impfkampagne, das ist uns wohl allen klar, ist zentral. Es sollten jetzt unbedingt so rasch als möglich alle ein drittes Mal geimpft werden, und dies möglichst vor den Festtagen. Die Testzentren sind auch zwingend nötig, denn jede und jeder, die oder der einen Verdacht hat, sollte unverzüglich testen gehen können, um die Ansteckungskette zu unterbrechen. Auch ein Kontaktmanagement ist unumgänglich. Stand gestern hatten wir im Kanton Bern 1334 neue Fälle, das ist der Allzeit-Höchststand. Es befinden sich im Kanton Bern ungefähr 4500 Personen in Isolation und etwa 2300 Personen in Quarantäne. Auch gestern musste gar der Zivilschutz aufgeboten werden, um der Lage Herr zu werden.

Selbstverständlich unterstützen wir vom Freisinn sämtliche Digitalisierungsbemühungen, namentlich aber nicht nur, um Kosten zu sparen. Vergessen wir nicht, dass es eben auch Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt, die nicht mit der Digitalisierung umgehen können, die das Telefon ergreifen und anrufen können müssen, um sich für eine Impfung oder einen Test anzumelden. Deshalb braucht es halt auch dieses Kontaktmanagement, und dieses ist leider teuer und aufwendig. Und so schön das klingt: Ich habe noch nie ein Digitalisierungsprojekt gesehen, bei dem in kürzester Zeit zwei Drittel der Gesamtkosten, die bisher bestanden, eingespart werden konnten. Auch in der Privatwirtschaft habe ich das noch nie gesehen.

Schliesslich – und das ist ganz wichtig – müssen diese Massnahmen auch kommuniziert werden, und zwar nicht nur an diejenigen, die Empfängerinnen und Empfänger solcher Kommunikationen sind wie wir, sondern halt auch an Leute, die etwas weiter weg sind, die vielleicht auch nicht Deutsch und Französisch verstehen.

Somit stimmt die Freisinnige Partei dem Zusatzkredit zu. Sie unterstützt auch den Antrag Zybach. Sie hat zwar Sympathie für den Antrag Michel, lehnt diesen aber ab, weil es unrealistisch zu sein scheint. Schliesslich bleibt mir – und das ist mir ein Anliegen –, Regierungsrat Schnegg und seinen Mitarbeitenden sowie allen Mitarbeitenden der Spitäler in dieser Situation herzlich zu danken.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP), Fraktionssprecherin. Ja, wir haben es gehört: Wir stecken mitten in einer Pandemie. Diese Pandemie überrollte uns vor fast zwei Jahren überraschend, das kann man so sagen. Jetzt, nach vielen Monaten des Reagierens, des Verzichtens, des Einschränkens, des Impfens und leider für einige von uns auch des Abschiednehmens von lieben Leuten, stehen wir sozusagen vor dem neuen Normal. Corona gehört zu unserem neuen Normal, und wir müssen lernen, damit umzugehen. Darum liegt jetzt hier ein solcher Zusatzkredit vor.

Zum Inhalt: Die EVP-Fraktion findet es wichtig, die Bevölkerung des Kantons Bern mit geeigneten Massnahmen zu schützen, zu unterstützen und mit den nötigen Informationen zu versorgen. Wir unterstützen die Bemühungen der GSI und der anderen betroffenen Direktionen, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Darum unterstützen wir auch diesen Kredit.

Allerdings haben wir auch verstanden, dass der Regierungsrat mit seiner IT-Nähe und -Affinität noch weitergehende Möglichkeiten sieht, das Kontaktmanagement zu digitalisieren. Also: Wo Möglichkeiten zum Einsparen bestehen, *ohne* Qualitätsabbau beim Contact Tracing, finden wir das super und vertretbar und würden dies auch unterstützen. Deshalb unterstützen wir auch den GSoK-Antrag, der in diese Richtung geht.

Die EVP ist aber überzeugt, dass nach wie vor z. B. Schulen, Unternehmen, aber auch Einzelpersonen auf eine Ansprechperson und einen persönlichen Gesprächspartner angewiesen sind und dass dies weiterhin möglich sein muss. Darum finden wir eine Festlegung der Kreditsumme in diesem Bereich auf 6 Mio. Franken höchst bedenklich, sind wir doch als Gremium Grosser Rat viel zu weit weg, um zu wissen, ob dieser Betrag den Bedürfnissen der Bevölkerung in diesem Bereich Rechnung trägt. Ich rufe in Erinnerung: «Wer Menschen führen will, muss hinter ihnen gehen.» Das ist von Lao Tse. Ich sage: Wer Menschen durch eine Pandemie führen will, muss bereit sein, nachzufragen, zu erklären, zu ermutigen, und die Menschen auf diesem Weg zu unterstützen.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU), Fraktionssprecher. Die EDU-Fraktion steht diesem Kredit kritisch bis ablehnend gegenüber. Wir bedauern es, dass die GSoK den Handlungsspielraum nicht genutzt hat, der durch die GSI selbst aufgezeigt wurde. Ich möchte aber hier ganz speziell Kommis-

sionssprecherin Zybach ganz herzlich danken, die dies hier in ihrer Vorstellung des Geschäfts transparent dargelegt hat.

Insbesondere stimmt für uns das Kosten-/Nutzenverhältnis des Contact Tracings nicht mehr. Zu Beginn der Pandemie war dies ein geeignetes Mittel, die betroffenen Personen persönlich zu kontaktieren. Mittlerweile wissen wir von der GSI selbst – und auch aufgrund eigener Erfahrungen –, dass das persönliche Contact Tracing kaum mehr hilft und keine besseren Resultate bringt als eine digitalisierte Variante. Diejenigen Kantone, die das digitalisiert machen, haben keine schlechteren Resultate als der Kanton Bern. Den Grund dafür sehen wir darin, dass Massnahmen immer nur so gut sind, wie sie auch von einem Grossteil der Betroffenen akzeptiert werden. Da liegt heute das Problem.

Wir haben es mit Leuten zu tun, von denen sehr viele der Massnahmen kaum mehr akzeptiert werden. Die Leute des Contact Tracings werden belogen. Sie erhalten falsche oder alte Telefonnummern, Handys werden ausgeschaltet und man ist einfach nicht mehr erreichbar. Die Quarantäne-Anordnung wird ignoriert, ein Teil geht trotzdem zur Arbeit, als wäre nichts geschehen, der andere Teil macht Ferien – nicht im Ausland, aber daheim, im Wald oder im Garten oder sonst irgendwo, und das Ganze auf Kosten der Allgemeinheit: Die zehntägige Quarantäne wird über die EO entschädigt.

Die komplette Kontrolle ist nur in einem totalitären Überwachungsstaat wie China möglich. Da helfen ein paar Leute mehr im Contact Tracing nichts. Wir sind der Auffassung, dass man den mehrere Millionen teuren Personalaufwand reduzieren muss. Der wellenmässige Auf- und Abbau von Personalressourcen ist sehr kostspielig. Wenn die Ansteckungen tief sind, ist viel zu viel Personal da, wenn die Ansteckungen wieder sehr hoch sind, ist viel zu wenig Personal da. Und das ist genau dasjenige, bei dem wir zu einem anderen Schluss kommen als Grossrätin Mühlheim. Gerade in der jetzigen Zeit, in der es so viele Fälle gibt, kann ein digitalisiertes System einfacher ein paar 100 oder 1000 Fälle bearbeiten als nur 10 bis 100. Gerade jetzt wäre ein solches System viel effektiver. Vielleicht noch an Grossrat Zimmerli: Die Zahlen dieser Reduktion im Contact Tracing haben wir uns nicht aus den Fingern gezogen, weder die SVP noch wir. Das sind die Zahlen, zu denen uns Regierungsrat Schnegg in der Kommission gesagt hat, dass es ungefähr so viel ausmachen würde.

Auch die millionenteuren Medienkampagnen zur Begleitung der verschiedenen Massnahmen betrachten wir in der derzeitigen Situation als sinnlos ausgegebenes Geld. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag SVP/Michel für eine Reduktion dieses Kredits. Wenn dieser nicht angenommen würde, würde die EDU-Fraktion den ganzen Kredit ablehnen.

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP), Fraktionssprecherin. Die Fraktion SP-JUSO-PSA unterstützt den vorgelegten Kredit zur Bekämpfung der Pandemie. Wir sind dezidiert der Meinung, dass mit der heutigen Entwicklung der Ansteckungen keine Sparmassnahmen bzw. keine Reduzierung des Kredits drinliegt. Vorläufig ist auch darauf zu verzichten, das Kontaktmanagement zu digitalisieren. Das Contact Tracing muss aufrechterhalten werden. Nicht alle Menschen im Kanton Bern sind IT-affin. Darum kann es ja nicht sein, dass per Mail oder SMS Isolationen und/oder Quarantänen verordnet werden. Ich war genau vor einem Jahr selbst in der Isolation. Ich muss Ihnen sagen: Ich war froh, dass ich mit einer Mitarbeitenden des Contact Tracings sprechen konnte. Meine Fragen wurden direkt beantwortet, und das war sehr, sehr gut und praktisch. Sie riefen mich übrigens auch an und sagten: «Ihre Stimme ist belegt, sie bleiben noch zwei Tage länger in der Quarantäne.» Das kommt ja noch hinzu. Vielleicht bleibt ein Teil der Leute nicht, und trotzdem: Es gibt noch mehr Leute wie mich, und ich blieb zu Hause.

Die Impf- und Testzentren sind wieder unglaublich wichtig und müssen gut und zeitnah funktionieren. Die Anmeldungen zur Booster-Impfung klappen gerade noch nicht so gut, habe ich gemerkt, aber das kommt wahrscheinlich noch. Auch hier brauchen wir kompetente Ansprechpersonen, die beim Kanton erreichbar sind. Als sich die Lage etwas beruhigt hatte, wurde ein Personalabbau gemacht. Jetzt muss man wieder neue Mitarbeitende suchen. Diese müssen eingearbeitet werden – eine mühsame, teure Lösung. Vielleicht hätte man besser noch etwas zugewartet, aber hinterher ist man immer schlauer.

Deshalb: Ich bin überzeugt vom Antrag der GSoK. Die GSI wird ohnehin handeln, wenn es dann möglich sein wird, vielleicht gegen den Frühling oder gegen den Sommer hin. Ich denke, dafür braucht es keinen Antrag. Den Antrag Michel lehnt die SP-JUSO-PSA sowieso ab. Im Moment ist ein Sparauftrag ganz sicher nicht situationsgerecht, und wir wollen die Verantwortung nicht übernehmen, wenn die finanziellen Mittel dann fehlen. Wir gehen davon aus, dass sich der Herr Regierungsrat bei der Höhe der Beiträge fundierte Überlegungen gemacht hat, dass ihn seine Leute gut beraten haben oder dass er diese Flexibilität braucht. Das heisst: Wir lehnen beide Anträge ab und hoffen, dass dies möglichst alle im Rat auch machen.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP), Einzelsprecherin. Ich verzichte auf alle Erläuterungen, die uns Grossrat Andreas Michel schon zu dieser ganzen Thematik gegeben hat. Er hat eigentlich ganz viele Dinge gesagt, die uns wichtig sind. Die Kreditsumme dieser knapp 50 Mio. Franken ist auf fünf Posten aufgeteilt: Impfkampagne, Teststrategie, Kontaktmanagement, Kommunikation und eine Reserve. Die SVP steht zu diesem Zusatzkredit – wie Sie es vernommen haben –, ausser zu diesem relativ grossen Betrag beim Kontaktmanagement. Die Impfkampagne ist mit knapp 24 Mio. Franken bestückt, das ist der grösste Posten. Das Kontaktmanagement mit diesen 18,4 Mio. ist der zweitgrösste Betrag dieser 50 Mio. Franken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist schon noch berechtigt, dass wir als Grosser Rat einen solchen Kredit anschauen und auch hinterfragen dürfen.

Das Contact Tracing haben wir in der GSoK intensiv diskutiert und sind zum Schluss gekommen – inklusive der Antworten von Herrn Regierungsrat Pierre Alain Schnegg –, dass das Contact Tracing heute nicht mehr so viel hilft, wie man es sich eigentlich einmal erhofft hatte. Die Bereitschaft, beim Contact Tracing mitzumachen, hat zunehmend abgenommen. Wir wissen – und davon haben wir alle sicher selber einige Beispiele – von Leuten, die das Contact Tracing eigentlich grosszügig umgehen. Die Pandemie hat eine neue Phase erreicht, und auch die Leute haben sich entwickelt respektive haben ihr Verhalten verändert. Methoden und Massnahmen, die noch vor sechs Monaten gerechtfertigt waren, sind heute anders. Es wurde gesagt – auch von Grossrat Jakob Schwarz –, wir müssten uns als Grosser Rat die Kosten-/Nutzenfrage stellen bei diesem Zusatzkredit bzw. beim Posten des Kontaktmanagements. Dieses Verhältnis stimmt ganz einfach nicht mehr. Das System ist nicht nur effizient, und, wie gesagt: Es kann umgangen werden mit falschen Angaben, mit falschen Personen, die man im Umfeld hatte, mit falschen Telefonnummern, und die Betroffenen ignorieren die Meldungen, die sie erhalten.

Das Ziel ist, dass man – eigentlich genau gleich wie der Antrag der GSoK – den Schwerpunkt wirklich auf die Digitalisierung legen kann, dass wir aber heute von den personell ressourcenlastigen Aufwendungen umstellen auf automatisierte Prozesse, mit denen wir effizienter werden und die Kosten niedrig halten können. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Das Outcome des Contact Tracings hat ernüchternde Auswirkungen.

Ich komme noch zum Antrag der SVP-Fraktion. Sie konnten es lesen: Wir werden einfach den einen Kredit dieses Kontaktmanagements auf 6 Mio. Franken begrenzen. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Ohne diesen Antrag werden sehr viele den Kredit ablehnen.

Michel Seiler, Trubschachen (parteilos), Einzelsprecher. Ein paar grundsätzliche, geschäftsübergreifende und doch zusammenhängende Gedanken. Hugo Kükelhaus – er war Handwerker, Forscher und Denker – hat gesagt: «Wenn wir barfuss zehn Kilometer mitten in der Natur einem Bach entlanggehen, sind wir in Geist und Körper erholt und seelisch ausgeglichen. Wenn wir die gleiche Strecke auf Asphalt gehen, sind wir schöpft und brauchen Erholung.»

Wir bauen immer mehr eine Welt auf, die erschöpft. Auch die flache digitale Welt entzieht uns Menschen – vor allem den Jungen – überall Energie. Die digitale Welt wird auch immer mehr zum grössten Energieverbraucher weltweit. Im Energiegesetz versuchten wir, möglichst viele Energiekraftwerke auf die Dächer zu bringen. Beim wichtigsten erneuerbaren Energiekraftwerk jedoch, nämlich beim Menschen selbst, sind wir seit Jahren daran, Kraft abzubauen. Er wird vom Energie-Plus- zum Energie-Minus-Menschen. Im gesellschaftlichen Leben sind die Systembetonierer dabei,

die menschliche Energie abzusaugen. Burnout und Systemsprenger in den Schulen und in den Psychiatrien sind das Resultat. Sie verbrauchen ihre letzte Energie.

Die Covid-Pandemie zieht uns allen, ausser ein paar Milliarden, sehr viel innere und äussere Energie ab. Die Wunschvorstellung «bald wieder zurück zur Normalität» wird so nie Realität werden. Wir setzen den Hebel mit viel Geld am falschen Ort an. Den gewohnten Marsch nach immer mehr, immer schneller, immer grösser werden wir stark bremsen müssen. Also: Wenn wir nachhaltig Erfolg haben und möglichst gesund werden wollen, müssen wir hinunterschalten, hinschauen und neu denken. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Ich lehne den Covid- und auch den Digitalisierungskredit ab. Und noch etwas – das gehört eben auch dazu: Die Behauptung, ohne Verzicht trotzdem die Klimaneutralität erreichen zu können, ist eine hochgradige Schwurbelei.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Nous avons entendu différentes positions par rapport à ce crédit. Ce que j'aimerais vous transmettre comme information : tout d'abord, ce crédit a été construit sur la base des expériences et des chiffres que nous avons utilisés jusqu'à présent, donc, en partant du principe que la pandémie continue plus ou moins de la même manière. Il est bien clair que la pandémie ne continuera pas de la même manière, cela, tout le monde le sait, mais il nous fallait une base de travail.

Aujourd'hui, et plus le temps passe, plus les dépenses pour lutter contre cette pandémie relèvent davantage de la politique sociale que de la politique sanitaire. En effet, la population s'attend à ce que le canton prenne telle ou telle mesure ou fournisse certaines prestations totalement indépendamment de leur utilité épidémiologique. Cette tendance nous offre, il est vrai, une certaine marge de manœuvre financière dans les différents points que nous avons mentionnés. De manière à être totalement transparent, nous avons présenté à la CSoc quelle était la marge que nous avons et quels en étaient les impacts en utilisant ou en n'autorisant pas cette marge.

J'aimerais ici juste vous mentionner un ou deux exemples pour illustrer à quoi s'attend notre population aujourd'hui dans le cadre de cette pandémie. J'ai reçu dernièrement un e-mail – vous pouvez vous l'imaginer – écrit pas très sympathiquement par une personne m'enjoignant de lui envoyer très rapidement une équipe mobile pour lui injecter son booster, parce qu'il n'y a pas de places de parc en suffisance là où se trouvent les centres de vaccination. Dorénavant, je devrais également m'occuper de la problématique des places de parc en ville de Berne. Voilà ce à quoi s'attend notre population par rapport à la lutte contre cette pandémie. Plus personne ne veut se prendre en charge et faire fonctionner ce qu'on avait appelé sa responsabilité personnelle.

Malgré tout, il est important que nous ayons des moyens pour lutter contre cette pandémie et que nous ayons des moyens pour y répondre correctement, mais également pour y répondre là où c'est efficace. Il est vrai, aujourd'hui, que la campagne de vaccination rebat son plein. Pour information : hier, environ 8500 personnes ont reçu une troisième dose de vaccin. Nous sommes à, plus ou moins, mille vaccinations près du maximum de première vaccination durant la phase de vaccination initiale. Donc, ça marche bien, ça marche rapidement, mais c'est clair, tout le monde s'attend à le recevoir encore avant Noël ce qui ne sera pas possible.

Nous avons besoin de centres de dépistage. Même si beaucoup d'autres acteurs se sont implantés sur ce secteur, le canton doit avoir une certaine marge de manœuvre pour pouvoir prendre en charge certains mouvements et pour pouvoir répondre lorsque les capacités ne sont pas suffisantes.

Au niveau du traçage des contacts, c'est clair que nous sommes de plus en plus dubitatifs sur l'impact que peut avoir le contact tracing sur la gestion de cette épidémie. Premièrement, les données qui nous arrivent, sont d'une qualité de plus en plus discutable. Heureusement que pour les cas positifs, ces données nous arrivent via les laboratoires, donc, en règle générale utilisables, mais, pour ce qui est des personnes de contact, c'est assez, je dirais symptomatique de la situation actuelle : une bonne partie des numéros ou des adresses ne sont pas utilisables et nous font perdre beaucoup de temps. Aujourd'hui, nous avons développé beaucoup de fonctionnalités électroniques, c'est-à-dire, que toutes les personnes qui sont testées positives reçoivent immédiatement par SMS

une fois que nous avons reçu l'avis de positivité du laboratoire l'ordre de se mettre en isolation avec des informations complémentaires pour nous transmettre les contacts dans la même famille.

Par-dessus cela et dans certains cas, nous continuons d'appeler certaines personnes pour pouvoir mieux creuser les risques dans l'entourage. Et ces risques dans l'entourage peuvent remonter jusqu'à, dans certains cas, 14 jours, ce que nous ne pouvons bien entendu plus faire avec le nombre de cas positifs actuel. D'autres cantons mettent en œuvre d'autres stratégies ou ont depuis longtemps arrêté de remonter à 14 jours, mais remontent sur des durées bien plus courtes, et lorsque vous analysez les courbes de cette épidémie, vous ne voyez, hélas, pas de différence notoire qui permette de dire que le contact tracing est une des solutions imparables. Je pense que le contact tracing a toute sa valeur lorsque l'épidémie génère un nombre de cas restreint.

On entend beaucoup de critiques sur le contact tracing. J'aimerais quand même juste mentionner comment cela fonctionne : imaginez une personne qui a des symptômes le 1^{er} décembre. Cette personne va se faire tester le 5 décembre, ce qui est très courant : peu de gens vont se faire tester le même jour où arrivent leurs symptômes. Nous allons recevoir l'information du laboratoire en règle générale le 6 décembre. La personne devra se rendre à l'isolation, mais sa durée d'isolement va démarrer deux jours avant ses symptômes pour une durée de dix jours. Donc, la plupart de sa durée de mise à l'isolement, s'est déjà déroulée au moment où le contact tracing démarre. Si cette personne nous livre des contacts, imaginons-nous le 7 décembre, le 8 décembre, nous pouvons contacter ces personnes de contact, leur envoyer l'ordre de se mettre en quarantaine pour quelques heures parce que la quarantaine est levée dix jours après. Ça, c'est la réalité du terrain. C'est comme ça qu'aujourd'hui de nombreux cas sont gérés. Les gens critiquent qu'ils ont dû se mettre en quarantaine pour 3 heures. Pourquoi nous envoyons cette mise en quarantaine ? Tout simplement, pour que les gens qui se seraient mis personnellement en quarantaine puissent avoir les documents nécessaires pour leurs employeurs.

Mesdames et Messieurs, nous travaillons beaucoup sur la digitalisation du contact tracing. Je crois de moins en moins à la version par personne interposée, qui, bien entendu, serait plus sympathique, je n'en doute pas, et certainement amènerait de meilleurs résultats, pour autant que la population veuille faire avec. Donc, nous continuerons de miser fortement sur ce contact tracing électronique, nous continuerons d'investir dans ce contact tracing électronique et nous continuerons, bien entendu, les mesures pour arriver à vacciner encore plus notre population et à pouvoir vacciner une troisième dose dans les plus brefs délais, de manière à ce que d'ici fin janvier, fin février, toutes les personnes aient pu avoir leur booster, bien entendu pour autant qu'elles soient en mesure de le recevoir par rapport aux règles fixés par la commission nationale et par Swissmedic. Merci de votre attention et à vous maintenant de prendre de votre décision.

Le président. Nous allons donc voter sur cette affaire du point numéro 37. Nous allons d'abord voter sur les amendements. Le premier est celui de la CSoc : les député-e-s qui acceptent cet amendement votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.GSI.1855

Antrag GSoK
Proposition CSoc

Annahme / Adoption

Ja / Oui	98
Nein / Non	48
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté cet amendement de la commission.

Nous allons maintenant voter sur l'amendement de l'UDC : les député-e-s qui acceptent cet amendement votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.GSI.1855

Antrag SVP
Proposition UDC**Ablehnung / Rejet**

Ja / Oui	50
Nein / Non	93
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez rejeté cet amendement du groupe UDC.

Nous votons à présent sur cette affaire de crédit du point numéro 37 avec l'amendement de la commission : les député-e-s qui l'acceptent ainsi votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.GSI.1855

Annahme / Adoption

Ja / Oui	121
Nein / Non	21
Enthalten / Abstentions	5

Le président. Vous avez accepté cette affaire de crédit avec l'amendement de la commission.